



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preisklasse 50 Pfennig, Cobden- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 23. bis 29. Juli 1916
ist die Beitragsmarke in das mit 30 bezahlte
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Krieg und die heranwachsende Jugend.

I.

Es müßte wirklich merkwürdig zugehen, wenn der seit länger als anderthalb Jahren tobende Weltkrieg nicht einen großen Einfluß auf die heranwachsende Jugend ausüben würde. Wenn schon die erwachsene Bevölkerung in ihrem wirtschaftlichen und seelischen Leben von dem Kriege im höchsten Grade beeinflusst wird, so ist es um so selbstverständlicher, daß die Jugend, die noch viel mehr äußeren Eindrücken zugänglich ist als das gereifte Alter, durch die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen und durch die Verhältnisse in der Heimat wesentlich beeinflusst, ja man könnte sagen, in den tiefsten Tiefen aufgewühlt werden muß. Bei der großen Bedeutung, die die heranwachsende Jugend als die kommende Menschheit für die Zukunft unseres Volkes hat, erscheint es angebracht, die Frage zu erörtern, wie der gegenwärtige Weltkrieg auf die Jugend wirkt, und was geschehen muß, um die schädlichen Wirkungen, die der Krieg ohne Zweifel ausübt, abzuwachen oder womöglich ganz aufzuheben. Diese Erörterung ist vor allen Dingen dazu bestimmt, den Müttern und Erziehern Fingerzeige zu geben, was sie zu tun haben im Kampfe gegen die wirtschaftlichen und moralischen Schädigungen des Krieges.

Was zunächst die Einwirkung des Krieges auf die Jugend in körperlicher Beziehung anbetrifft, so leuchtet auf den ersten Blick ein, daß die Zustände im Lande, wie sie sich durch den Krieg herausgebildet haben, eine Ueberbürdung der Jugend mit Arbeit einerseits und einen Mangel an ausreichender Ernährung andererseits mit sich bringen. Dadurch, daß so viele Männer aller Berufswege militärischen Dienst tun, hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, die schulentlassenen jungen Leute beiderlei Geschlechts mehr als bisher anzuspinnen, und die natürliche Folge hiervon ist eine Arbeitsüberbürdung, die der Gesundheit und dem Wohlbefinden nicht förderlich ist. Eine körperliche Ermüdung und eine geistige Abspannung, wie sie unbedingt eintreten muß, wird ohne Zweifel die Entwicklung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen hemmen. Und wenn nun noch hinzukommt, daß infolge der ungeheuren Lebensmittelerzeugung und der Knappheit an Nahrungsmitteln die Arbeiterfamilien noch weniger als früher in der Lage sind, ihre Kinder ausreichend zu ernähren, so kann man sich die schädlichen Wirkungen des Krieges leicht ausmalen. Diese Schädigungen sind um so schlimmer, weil es sich bei der heranwachsenden Jugend um Menschen handelt, die noch in den Entwicklungsjahren sind und mehr als die Erwachsenen Pflege und Schutz bedürfen. Es liegt die große Gefahr vor, daß hier unerfahrene Werte

zerstört werden, die für die Gesundung und Erziehung unseres Volkes nicht entbehrt werden können, weshalb die bringende Mahnung am Platze ist, daß die maßgebenden Kreise diese Gefahr ins Auge fassen und ihr mit allen Kräften zu begegnen suchen. Es muß vor allen Dingen der Grundsatz durchgeführt werden, daß die kinderreichen Familien besondere Förderung in der Nahrungsmittelversorgung genießen durch Zuwendung von Unterstützungen und durch Bevorzugung bei der Zuteilung der Lebensmittel. Auch für die Familien, die schulentlassene, im Arbeitsverhältnis stehende Kinder haben, muß in irgendeiner Weise die Möglichkeit geschaffen werden, die nötige Menge von Lebensmitteln beziehen zu können. Menschen, die ins Leben hineingehen, müssen kräftiger ernährt werden als solche, die bereits die Mittagshöhe des Lebens überschritten haben. Dieser von unseren Vorfahren überlieferte Grundsatz hat während des Krieges mehr denn je Berechtigung.

Die Verschiebungen im Wirtschaftsleben, die der Krieg mit sich gebracht hat, haben auch noch eine andere ungünstige Wirkung für die Schulentlassenen. Während früher um die Osterzeit zahlreiche ins Leben tretende Knaben sich dem Handwerk zuwandten und eine regelrechte Lehrtätigkeit durchmachten, zeigt sich in diesem Jahr eine starke Abnahme der Lehrlinge. Der Grund für diese bedauerliche Tatsache liegt darin, daß zahlreiche Kleinmeister zum Militär eingezogen sind und ihre Betriebe haben stilllegen müssen, und außerdem fällt auch sehr ins Gewicht, daß sich heutzutage überall eine Gelegenheit bietet, als ungelerner Arbeiter schnell Geld zu verdienen. Da darf es uns denn nicht wundern, daß es für Eltern und Kinder sehr verlockend ist, eine Arbeitsstelle zu suchen, die gleich Geld einbringt. Dies erscheint auf den ersten Blick ganz vernünftig, denn die meisten Familien können den Zuschuß der Kinder gut gebrauchen, aber für die Zukunft der Kinder ist es bedauerlich. Abgesehen davon, daß eine mangelhafte Ausbildung in der Berufsarbeit und eine ungenügende Vorbildung für das wirtschaftliche Leben die Menschen in ihrem späteren Fortkommen sehr behindert, spielt hier die Frage der künftigen Arbeitsgelegenheit eine bedeutsame Rolle. Zweifellos wird nach dem Kriege die qualifizierte Arbeit mehr gesucht werden und die gelernten Arbeiter werden einen höheren Verdienst haben, während die ungelerten Arbeiterschichten ins Hintertreffen geraten. Das trifft sowohl auf die männlichen als auch auf die weiblichen Personen zu. Das starke Ueberangebot an Ungelernten wird einen merklichen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben, wodurch die Arbeitsgelegenheit vermindert und der Arbeitslohn erniedrigt werden muß. Diese trübenden Zukunftsaussichten sollten Eltern und Vormünder bewegen, sich die Frage vorzulegen, ob es nicht doch besser ist, die schulentlassenen Kinder, trotz augenblicklicher wirtschaftlicher Nachteile, eine regelrechte Lehrtätigkeit durchmachen zu lassen, damit sie im Leben später mehr Aussicht haben. Besonders müssen die begabten Kriegerwaisen davor geschützt werden, daß man sie ins Erwerbsleben steckt, da-

mit sie schnell Geld verdienen, um ihre Mutter und die Geschwister unterstützen zu können. Für ihre Angehörigen muß in anderer Weise gesorgt werden; für die schulentlassenen Waisen kommt es darauf an, daß sie eine entsprechende geistige und berufliche Ausristung fürs Leben mitbekommen. In dieser Beziehung fällt den Vormündern und Verwandten die wichtige Aufgabe zu, so vorzuzuforschen, daß über die augenblicklichen, vorübergehenden Vorteile nicht die späteren, dauernden Nachteile vergessen werden. Auch die Lehrer können auf diesem Gebiet sehr viel wirken, wenn sie volkswirtschaftliche Einsicht mit sozialem Empfinden vereinigen. Es steht hier viel auf dem Spiele, denn nicht nur das persönliche Interesse der Kinder kommt in Frage, sondern auch die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, daß alle vorhandenen Begabungen nach Möglichkeit ausgebildet und der Gesellschaft nutzbar gemacht werden. Dies ist um so notwendiger, weil der Krieg so viele hoffnungsvolle Saaten vernichtet hat.

Offenbar wirken die ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Lande auch auf das Seelenleben und die Moral der Jugendlichen nachteilig ein. Die gute Erziehung wird ungernein erschwert, weil es an der erforderlichen Aufsicht und Einwirkung mangelt. Die kräftige Hand des Vaters fehlt den meisten Kindern, und viele Mütter, die ins Erwerbsleben hineingebracht sind, sind nicht mehr imstande, den Kindern eine ordentliche Erziehung zuteil werden zu lassen. Viele Familien sind im wahrsten Sinne des Wortes aufgelöst, und mit der Lösung der Familienbände zerreißen alle Schranken und Hemmungen. Ohne den gewohnten Schutz wachsen Millionen Kinder heran; sie sind sich selbst überlassen oder werden von fremden Leuten gelegentlich beaufsichtigt. Die Enge und Ungemütlichkeit des häuslichen Heims treibt sie auf die Straße, wo sie ohne Aufsicht und Anleitung herumtollen. Da verlieren sie denn vielfach den moralischen Halt und geraten immer mehr in den Sumpf. Besonders das Großstadtleben bietet hier manche Gefahren für die schulentlassenen Knaben und Mädchen. Wenn sie nach angepannter Tagesarbeit heimkehren, so suchen sie ihre Freunde und Erholung außerhalb der Familie in mancherlei recht zweifelhafter Gesellschaft. Welche Rolle die Zigarette und der Alkohol hierbei spielen, ist bekannt, und ebenso offenkundig ist auch, wie die Vergnügungen, die sich den Jugendlichen bieten, auf ihr körperliches und seelisches Gedeihen einwirken. Es hat keinen Zweck, Einzelheiten zu schildern, ein jeder Beobachter weiß selbst Bescheid.

Daß hier etwas geschehen muß, wenn nicht ungeheure Schädigungen eintreten sollen, leuchtet ohne weiteres ein. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß man die heranwachsende Jugend sich selbst überlassen könnte, damit sie ins Verderben rennt, zweifelhaft ist nur, was geschehen soll. Sicherlich hat das Eingreifen der Behörden großen Wert in gewisser Beziehung. Das Verbot, an jugendliche Tabak und Alkohol zu verkaufen, hat seine volle Berechtigung, und das Verbot, gewisse Wirtschaften zu besuchen und noch in später Stunde auf Straßen und Plätzen umherzulungern, ist

ebenfalls zu rechtfertigen. Dennoch aber muß man sagen, daß diese rein äußerlichen Mittel keineswegs ausreichen, um eine Wandlung herbeizuführen. So notwendig Zwangsmaßnahmen sind zur Eindämmung jugendlichen Leichtsinns und jugendlicher Ausschreitungen, so müssen doch erzieherische Maßnahmen ergänzend hinzukommen, um erfolgreich auf die Jugend einwirken zu können. Die sittliche Beeinflussung der Jugendlichen unter gleichzeitiger Besserung der wirtschaftlichen Lage ist das geeignete Mittel, die Wirkungen des Krieges abzuschwächen. Darüber soll in einem Schlussartikel noch einiges gesagt werden.

Bericht der Generalkommission.

Vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916.

II.

Das „Correspondenzblatt“ war infolge der Kriegswirkungen gezwungen, seinen Umfang unter Wegfall der Beilagen auf acht Seiten wöchentlich einzuschränken und zugleich auf die Mitarbeit zahlreicher Genossen im In- und Auslande zu verzichten. Dabei sind die Aufgaben des Blattes während des Krieges eher gewachsen und es hat diese in jeder Kriegszahl zu erfüllen gesucht, wobei es sich von dem Augenblicke an, da der Krieg als Tatsache hingenommen werden mußte, auf den Boden der Landesverteidigung stellte und die Arbeiterinteressen im engsten Zusammenhange mit dem Wohl des ganzen deutschen Volkes zu vertreten suchte. Trotz des Ansehens, das sich das Blatt durch seine Stellungnahme in allen Kreisen, weit über die Arbeiterbewegung hinaus, erwarb, fehlte es doch auch nicht an Kritikern, und selbst Gewerkschaftsblätter gaben Beispiele der Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die das Blatt zu polemischen Auseinandersetzungen nötigten. Auch zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion mußte das Blatt Stellung nehmen, weil wichtige Gewerkschaftsinteressen damit im Zusammenhange standen. Es hat dies getreu seiner Haltung zur Landesverteidigung und im Sinne der Einheit der Partei und der Verurteilung des Disziplinbruches getan. Darüber geriet es mit dem führenden Organ der Fraktionsminderheit, dem „Vorwärts“, in Polemik, das sich herausnahm, den Gewerkschaften und ihrer Presse jede Stellungnahme zu den Parteifreitritten und jede Einflußnahme auf die Parteipolitik zu verbieten, besonders auf die Politik des 4. August 1914. Das „Correspondenzblatt“ setzte sich mit diesem betrüblichen Standpunkt in einer Artikelserie: „Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften“ auseinander. Diese Aufsätze sind von der Generalkommission als Broschüre und der Schlussartikel über „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“ als Massenflugblatt

für die Gewerkschafter an und hinter der Front herausgegeben worden. Die Auflage des „Correspondenzblattes“ ist von 30 500 Exemplaren beim Kriegsausbruch auf 28 200 zurückgegangen.

Das polnisch-sprachliche Gewerkschaftsblatt „Oswiata“, das nach Kriegsausbruch sein Erscheinen eingestellt hatte, erscheint in Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft über die durch den Krieg veränderten Rechtsverhältnisse aufzuklären, monatlich in Höhe von 3000 Exemplaren Auflage.

Die Generalkommission hat in der Berichtszeit folgende Schriften herausgegeben:

„Die Regelung des Arbeitsnachweises“ (Konferenz vom 10. Februar 1915). Zwei Auflagen von 3000 und 1500.

Leipart, „Kriegsinvaliden und Gewerkschaften“. Auflage 15 000.

„Protokoll der Konferenz der Vertreter der Versicherungen bei den Landesversicherungsanstalten“. Auflage 1500.

„Vom Umlernen während des Krieges“. Auflage 5000.

Umbreit, „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung“. Zwei Auflagen von 5000 und 10 000.

R. Schmidt, „Die Gestaltung unserer künftigen Handelsverträge“. Auflage 12 000.

Außerdem wurden durch die Generalkommission verschiedene Schriften in größerer oder geringerer Zahl in Umlauf gebracht.

Die Sozialpolitische Abteilung ist während des Krieges, vor allem infolge der Vertretung der Konsuminteressen, in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Erfreulicherweise konnten alle größeren Gruppen von Arbeiterorganisationen zu einer einheitlichen Interessenvertretung im Kriegsschutz für Konsumenteninteressen zusammengefaßt werden, so daß es möglich war, den Standpunkt der konsumierenden werttätigen Bevölkerung einheitlich gegenüber den schroff einseitig hervortretenden Interessen bestimmter Produzenten- und Handelskreise zum Ausdruck zu bringen. Die Verwertung des reichhaltigen gesammelten Materials und ein umfangreicher Bericht über diese Tätigkeit wird erst nach dem Kriege möglich sein. Weitere Arbeiten der Sozialpolitischen Abteilung waren der Reform des Arbeitsnachweises, der Heimarbeit und den Beschäftigungsverhältnissen in der Textil- und Bekleidungsindustrie gewidmet. Die Sozialpolitische Abteilung hat eine umfangreiche Pressetätigkeit auf allen diesen Gebieten entfaltet und den Standpunkt der Arbeiterschaft auch in zahlreichen Eingaben an das Reichsamt des Innern und in mündlichen Verhandlungen mit diesem zum Ausdruck gebracht. Die Materialsammlung der Abteilung hat auf manchen Gebieten durch den Krieg eine plötzliche Unterbrechung erfahren, auf anderen sind neue Probleme aufgetaucht, so auf dem der

Kriegsfürsorge, der Kriegswirtschaft und Volksernährung, wie auch im inneren Bereich der Arbeiterbewegung, so daß der Wunsch naheliegt: es möchte nach dem Kriege an Zeit und Kräften nicht fehlen, um diese wichtigen Materialien zu bearbeiten. Auch der Bibliothek wurde die nötige Aufmerksamkeit zugewendet.

Das Arbeiterinnensekretariat hat sowohl durch Versammlungen als auch durch regelmäßige Aufsätze für die Gewerkschaftspressen über wichtige Arbeiterinnenfragen die Agitationsarbeit gefördert. Als Sekretariat wurde es hauptsächlich zur Auskunfterteilung und Rechts- und in Fragen über Arbeiterinnenschutz und Arbeiterversicherung in Anspruch genommen. Auch die Mitarbeit im Vorstand des „Nationalen Frauendienst“, Berlin, beanspruchte einen Teil der Tätigkeit der Sekretärin. Im Vorstand der Organisation „Kriegsspende deutscher Frauenbund 1915“ ist das Sekretariat ebenfalls vertreten. Ferner erledigt die Sekretärin die Kassengeschäfte des Verbandes der Hausangestellten. Im März dieses Jahres wurde dem Reichstags eine gemeinsame Eingabe des Sekretariats und des sozialdemokratischen Frauenbureaus betr. Wiedereinführung des für die Dauer des Krieges ausgeschalteten Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinder-schutzes, zumindest des Nachmittages für die in der Schwereisenindustrie tätigen Frauen, eingereicht.

Vom 1. Januar 1916 ab gibt die Generalkommission die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ heraus, deren Redaktion die Sekretärin übernommen hat. Das Organ wird fast ausschließlich von den gewerkschaftlichen Organisationen bezogen und hat bereits eine Auflage von 75 000 erreicht, ein Beweis, daß das Blatt zur Agitation unter den Arbeiterinnen bringen gebraucht wurde. Das Blatt widmet sich neben der gewerkschaftlichen Schulung der Leserinnen auch der Information über sozialpolitische und rechtliche Fragen und der allgemeinen Belehrung.

Das Zentralarbeitssekretariat hat, analog der Zahl der Kurse beim Reichsversicherungsamt, einen Rückgang der zur Vertretung überwiesenen Sachen zu verzeichnen. Ihre Zahl belief sich auf 1060 (1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343, 1911: 2465, 1910: 2416). Sie betrafen fast ausschließlich die reichsgesetzliche Arbeiter- und Knappschaftsversicherung. Von den 1060 Sachen wurden überandt von Arbeitersekretariaten 800 (1066), Gewerkschaftsstellern 16 (24), Rechtsauskunftsstellen 11 (15), Gewerkschaftsvorständen und Ortsverwaltungen 85 (119) und von Klägern direkt oder durch Vermittlung sonstiger Organisationen oder Personen 148 (173). Aus früheren Jahren waren 693 rückständig. Erledigt wurden 1206 Sachen, davon 1022 Unfall-, 114 Invaliden-, 32 Krankentafeln-, 28 Knappschafts- und 10 Zivil-

„Bataillon hat Ruhe!“

Bilder vom Lagerleben von Paul Freixing, Berlin, zurzeit Argonnen.

Argonnerwald, den 27. Juni 1916.

Endlich, nach langen 16 Wochen Aufenthalt im Schützengraben, in dunklen Stollen und Unterständen, ist der langersehnte Tag der Ablösung gekommen. Der Tornister ist schnell gepackt; noch einige Ermahnungen der Vorgesetzten, und dann geht's bei Nacht und Nebel zurück durch bekannte Gräben, den langen gewundenen Laufgraben entlang bis zum Mädelager mitten im schönen wilden Argonnerwalde.

Die Unterstände sind regellos am Übergang angelegt und liegen terrassenförmig übereinander. Nun geht's, nachdem die Quartier-Einteilung erledigt, an eine eingehende Besichtigung der zugewiesenen Unterstände. Es wird gefegt, gelischt, gestäubert, wo es notwendig erscheint; kurzum, die neue Bude, die nun für acht Wochen unser Heim sein soll, wird so wohnlich wie möglich hergerichtet. Denn hatten wir Umschau im Lager. Fürwahr! Eine idyllische Umgebung für alle, die so lange nur abgeschlossene Räume auf zerwühlten, kalten Anhöhen, langen Gräben und tiefe dunkle Stollen gehaut haben! Ein Gefühl der Ruhe und Sicherheit überkommt alle, die aus dem Sengenessel glücklich heraus sind. —

Morgen ist dienstfrei! heißt es. — Aber dann beginnt für zwei Wochen der Arbeitsdienst, denn es gibt Arbeit genug im Lager. Da werden neue Unterstände gebaut, eine sichere Sanitäts-Baracke mit bombensicheren Stollen, ja sogar ein Offizier-Kasino und eine Selterwasserfabrik sollen noch hergestellt werden. Hier zeigt sich so recht, was deutscher Fleiß und Arbeitskraft zu leisten imstande sind. Viele fleißige Hände machen der Arbeit schnell ein Ende! heißt es auch hier, wobei ich allerdings den Nachdruck mehr auf „viele“ als auf „fleißige“ legen möchte. Die Arbeitszeit ist eine auch für unsere Gewerkschaften erstrebenswerte; entweder von 6 Uhr vormittags bis 1 Uhr oder nachmittags von 1 bis 7 Uhr mit je einer halben Stunde Pause. Nur entspricht der Lohn von 53 Pfennig pro Tag nicht der Leistung!

Eine Art Akkord-Arbeit gibt's auch! Zum Beispiel heißt es: Je fünf Mann heben ein Grabenstück von 250 Meter Länge bei drei Meter Tiefe aus; wenn fertig — dann Feierabend. Es liegt im Wesen der leidigen Akkord-Arbeit, daß jeder sucht, so schnell als möglich fertig zu werden; außerdem herrscht das Bestreben vor, so schnell als möglich aus dem Feuerbereich heraus und ins schützende Lager zu kommen. Holzsägen und -transportieren, Kohlebrennen, Steinellopfen, Wegebauen usw. bringen noch die richtige Abwechslung in unser Arbeitsprogramm. Eine der gefährlichsten Arbeiten, die ich noch kurz schildern

will, ist der Minentransport. — Nachts um 2 Uhr wird geweckt, um 3 Uhr angezogen, durch Namensaufruf festgesetzt, ob sich auch keiner in der Dunkelheit gedrückt hat; dann ein kurzes: „Auf Wiedersehen!“ (Weiß doch niemand, ob er gesund oder überhaupt von diesem Lebenswege zurückkehrt.) — Und hinein geht's in langer Reihe in den noch finsternen Gräben. Hier aber heißt es scharf Obacht geben, um nicht die Verbindung zu verlieren in dem Grabenlabyrinth! Am frühen Morgen, wenn die Franzmänner anfangen, uns mit ihren großen Stücken zu bombardieren, soll die Arbeit beendet sein. Nach einer knappen Stunde haben wir uns durch den noch finsternen Graben hindurchgetastet bis in die vorderste Stellung, jetzt sind wir bei den Minenbeweis angelangt. Einige Unteroffiziere der Minenverfer-Kompanie geben schnell noch die notwendigen Anweisungen. Dann heben je zwei Mann an einer Stange eine der über zwei zentner schweren und zirka 1½ Meter langen Minen auf die Schultern, und zurück geht es mit der gefährlichen Last im langsamen Schritt, immer im schlüpfrigen Graben, denn hier regnet es alle Tage, über Berg und Tal viele, viele Stufen ab- und aufwärts, bis wir nach andertalshündigem, mühseligem Marsch endlich wieder die Oberfläche und den grünen Wald vor uns sehen. Dort, am kleinen Argonnen-Bahnhof, werden die gefährlichen Dinger, die so furchtbare Unheil anrichten können,

sachen. Das Ergebnis der erledigten Unfallsachen war für den Verletzten oder seine Hinterbliebenen in 377 Sachen günstig, in 645 ungünstig. Auf Herabsetzung der Rente entfielen 182 günstige, 291 ungünstige, auf die Höhe der Rente 49 günstige und 117 ungünstige, auf Hinterbliebenenrente 40 günstige und 80 ungünstige, auf Anerkennung des Betriebsunfalls 41 günstige und 45 ungünstige, auf Streitfälle, ob Krankheit, Unfallfolge usw. 32 günstige und 54 ungünstige Entscheidungen, wobei als günstig für die Versicherten jede Besserstellung auf ihren Rekurs hin gebucht wurde. Von den erledigten Sachen wurden die meisten in der Rekursinstanz erledigt, nur 31 im Berufungs- und sieben im Einspruchsverfahren. In 206 Fällen lehnte das Sekretariat die Vertretung ab, weil nach Lage der Gesetzgebung keine Aussicht auf Erfolg bestand. In 71 Fällen mußten die Versicherungsträger den Versicherten die Kosten des Verfahrens in Höhe von 1421,75 Mk. erstatten.

Von den erledigten Invalidensachen wurden 108 beim Amt und sechs in der Berufungsinstanz entschieden. Von ersteren waren 18 Revisionen der Versicherungsträger und 90 der Versicherten. Die Revision wurde zurückgewiesen in 69 Fällen (65 der Versicherten), der Revision stattgegeben in acht Fällen (zwei der Versicherten), die Sache nochmals an das Oberversicherungsamt zurückverwiesen in 25 Fällen (19 der Versicherten) und die Revision zurückgenommen in sechs Fällen (vier der Versicherten).

Krankenversicherungssachen wurden 32 erledigt, davon zehn beim Reichsversicherungsamt. In fünf Sachen erkannte die Kasse den Anspruch vor Entscheidung an, in einem Falle wurde sie vom Versicherungsträger, in drei vom Oberversicherungsamt und in sechs Fällen vom Reichsversicherungsamt verurteilt. Der Anspruch wurde zurückgewiesen in einem Falle vom Versicherungsträger, in einem Falle vom Oberversicherungsamt und in vier Fällen vom Reichsversicherungsamt. Zurückverweisung an das Oberversicherungsamt erfolgte in drei Fällen, Rücknahme der Revision in einem Falle. Von sieben Revisionen der Krankenkassen hatte nur eine Erfolg, in fünf Fällen erfolgte Zurückverweisung und in einem Falle Rückverweisung an das Oberversicherungsamt.

Von 28 erledigten Knappschaftsrevisionen kamen 24 von Versicherten und vier von Knappschaftsvereinen. Es erfolgte Zurückverweisung in 22 Fällen (19 der Versicherten), Anerkennung des Anspruchs durch Versicherungsträger in einem Fall, Rückverweisung an das Oberversicherungsamt in vier Fällen (drei der Versicherten) und Rücknahme der Revision in einem Fall (Versicherter).

Von den zehn anderen Sachen wurden sechs erfolgreich erledigt.

Die im Sekretariat redigierte Arbeiterrechtsbeilage, die im August 1914 ihr Erscheinen ein-

gestellt hatte, wird seit dem Mai 1915 wieder monatlich herausgegeben. In ihr werden die wichtigsten Reichsentscheidungen zum Gegenstand von Abhandlungen gemacht.

Die ausstehenden Wahlen für die Instanzen der Reichsversicherung sind durch Verlängerung der Amtsdauer der jetzigen Beisitzer um ein Jahr hinausgeschoben worden.

Korrespondenzen.

Dresdau. Bericht der ordentlichen Generalversammlung am 8. Juli 1916. Die Versammlung wurde gegen 8 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte derselbe des verstorbenen Kollegen Kühn mit einigen Worten. Die Versammelten ehrten sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Nach Verlesung des Protokolls, gegen welches Einwendungen nicht erhoben wurden, gab Kollege Stenzel den Kassenbericht. Die Einnahme im ersten Halbjahr 1916 betrug 462,60 Mk., die Ausgabe 174,01 Mk., an die Hauptkasse wurden 288,59 Mk. gesandt. Bücher und Belege wurden in Ordnung gefunden, und beantragten die Revisoren die Entlastung, welche erteilt wurde. Durch den Uebertritt eines Tiegelbruders in den Buchdruckerverband wurde der Posten des Schriftführers frei. An seine Stelle wurde Kollegin Berta Scholz gewählt, welche auch den Posten annahm. Unter Verschiedenem sprach Kollege Müller über die Agitationsmöglichkeit sowie zum wiederholten Mal über die faumfelige Bezahlung der Extrabeiträge; er machte den Vorschlag, die obligatorische Einführung des Extrabeitrages zu beschließen, was abgelehnt wurde. Er forderte daher bessere Bezahlung derselben. Durch unseren Gauleiter, Kollegen Behrendt, zuerst Dresden, wurde berichtet, daß die Breslauer Prinzipale ihrem Hilfspersonal bis zu 20 Prozent Teuerungszulage gewährt hätten; den Anwesenden sind solche Sätze nicht bekannt. Kollege Müller erbat sich schriftlichen Bericht über etwa gewährte Teuerungszulagen, um eine statistische Zusammenstellung vornehmen zu können. Ferner forderte er die Mitglieder auf, wo keine Zulagen erfolgt sind, selbst bei den Prinzipalen wegen Teuerungszulagen vorzustellen zu werden, und ersuchte um Mitteilung des Ergebnisses. Zur regen Agitation und besserem Versammlungsbesuch auffordernd, erfolgte gegen 10 Uhr Schluß der Versammlung.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 8. Juli. Die Versammlung ehrte das Andenken des gesunkenen Kollegen Albert Dahl und des verstorbenen Kollegen Georg Knott in der üblichen Weise. Sodann verlas Kollege Lohse die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 2093 Mk. und eine Ausgabe von 1428 Mk., während die Ortskasse 690 Mk. Ausgabe und 577 Mk. Einnahme hatte. Der erste Lichtbilderbericht brachte eine Ausgabe von 101 Mk. und eine Einnahme von 84 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Ueber Regelung der Kartellbeiträge oder event. Beitragserhöhung

sprach Kollege Lohse. Im vorigen Jahre ist der Beitrag für das Kartell bedeutend erhöht worden, und zwar müssen nach den jetzigen Beiträgen für männliche Mitglieder im Jahre 2 Mk. und für weibliche 1 Mk. an das Kartell bezahlt werden. Nach unseren bisher bestehenden Ortszuschlägen gehen die Zuschläge in der 2. bis 4. Klasse für Kartell, Bildungsweisen, Gewerkschaft und Gau bereits auf. Es bleiben also die Zuschläge der 5. und 6. Klasse nur für alle anderen Ortsausgaben übrig. Wir sind demnach nicht in der Lage, die höheren Beiträge an das Kartell abführen zu können und hätten im vorigen Jahre den Beitrag erhöhen müssen. Andere Organisationen haben auch schon im vorigen Jahre die Erhöhung des Beitrages vorgenommen, wir glauben jedoch dieses noch nicht zu dürfen. Leider ist es uns nicht möglich, noch länger diese Angelegenheit ruhen zu lassen, deswegen schlägt der Vorstand den Mitgliedern vor, eine Beitragserhöhung von 5 Pf. für jede Klasse zu beschließen. Wir sind dann in der Lage, unseren Verpflichtungen nachkommen zu können. Bisher haben wir drei Quartale an Rente und nur eins mit der Erhöhung bezahlt. Bei der Erhöhung von 5 Pf. würden wir ebenfalls unsere Rente begleichen können. In der Diskussion stellte der Kollege Tieg den Antrag, für die männlichen Mitglieder 10 Pf. und für die weiblichen 5 Pf. zu nehmen. Kollege Untelhäuser wandte sich gegen jede Beitragserhöhung, während die Kollegen Schläbitz und Neben für den Antrag sprachen. Der Antrag des Kollegen Tieg wurde zurückgezogen. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit die Beitragserhöhung, wie sie vom Vorstande vorgeschlagen worden ist. Ein Antrag, daß wir uns der Vereinigung für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung anschließen, wurde ebenfalls angenommen. Für die Kriegskasse, die zur Unterstützung der Kriegerfrauen oder durch den Krieg in besondere Not geratenen Mitglieder, ebenfalls für die Krieger selbst, geschaffen worden ist, wurden 500 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Sodann erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Rundschau.

Hilfe tut not! Unter dieser Ueberschrift bringt der Geschäftsführer des Tarifamtes, Herr Schliebs, einen längeren Artikel, der im „Korrespondent“ und anderen Zeitschriften erschienen ist, und den wir im Auszug auch unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen wollen.

Erneut wird darauf aufmerksam gemacht, wie schwierig es sei, die Kriegsverletzten in geeignete Arbeitsplätze unterzubringen und wie dringend notwendig es ist, mehr als bisher daran zu setzen, diesen Kriegsverletzten des Berufes geeignete Arbeit zu verschaffen. Es wird berichtet, daß sich bisher 193 kriegsbeschädigte Schiffe beim Tarifamt gemeldet haben und daß davon 110 untergebracht worden sind, für 49 vorgemerkt werden Stellen gesucht. Diese Zahlen aber geben kein erschöpfendes Bild, denn die größte Anzahl Kriegsverletzter ist ohne Hilfe des Tarifamtes entweder

schnell verladen, und dann — heißt, an ihren neuen Bestimmungsort!

Unser Lagerwert aber ist vollbracht! Wohl jeder von uns dankt seinem Schicksal, daß er heute wieder mal glücklich davon gekommen ist. Es ist mittlerweile 8 Uhr geworden, die Stimmung trotz der schweren gefährlichen Arbeit eine gute. Wir treten den Heimweg durch den langen Laufgraben nach dem Lager wieder an, nicht ohne zuvor noch einen ganz kleinen an der Kantine „gehoben“ zu haben. Im Lager empfängt uns der sonst so gestrenge Feldwebel mit einem freundlichen: „Na, alles gut abgelaufen?“ Und dann verriecht sich alles in den Buden, der wohlverdienten Ruhe zu pflegen. —

Vorausgesetzt, daß die unzähligen Matten uns zur Ruhe kommen lassen. Die Mannschafis-Unterstände sind zwar bombensicher gebaut, aber diese unheimlichen Lager, oft von der Größe unserer kleinen Kassen, schlüpfen, da Boden und Wände unverteidigt, durch manche Oeffnung ein und aus und fressen uns armen Soldaten die wertigen Nahrungsmittel vollends auf. Selbst Lichte und Seife, die wir selbst kaufen müssen, bleiben nicht verschont von diesen unerfülllichen Plagegeistern. Schießen wir einige ab, so sind sie morgen in gleicher Zahl wieder da. Die Offiziers-Unterstände sind verteidigt, dicht gebaut, mit Fenstern, guten Möbeln und richtigen Bett-

stellen ausgestattet und haben sogar elektrische Beleuchtung.

Ein reichlich ausgestattetes Offizierskasino mit Instrument ist jetzt auch vorhanden. Für die Offiziere sind in den noch weiter rückwärts gelegenen Reserverlagern wirkliche Lustkurorte mit allem Komfort vorhanden: Konzertkapelle, Kino und gute Ruheplätzchen, von wo aus man eine prächtige Fernsicht hat über zerflossene Dörfer.

Das Argonnen-Lichtspieltheater bietet zirka 500 Personen Raum, und das Programm könnte getrost im vornehmsten Berlin gespielt werden. (Eintritt 10 Pfennig.) Die Friedensillusion an diesen Orten wäre eine vollkommene — wenn nicht die vielen, vielen Friedhöfe und der fatale, unaufhörliche Kanonendonner uns an die furchtbare Wirklichkeit erinnerten. —

Die 14 Tage Arbeitsdienst sind vorüber; morgen 8 Uhr beginnt das Exerzieren, heißt es in der Parole. Die Kleidung wird, soweit als möglich, in Ordnung gebracht, sogar den Stiefeln versucht man, einen schwarzen Anstrich zu geben! Den Kameraden, die schon fast zwei Jahre an der Front sind, ist der Exerzierdienst der am meisten verhaßt, trotzdem der Drill, wie er in den Garnisonen ist, hier völlig wegfällt! So mancher äußert den Wunsch, lieber wieder in den Graben zu gehen. Aber diese 14 Tage gehen auch vorüber, dann beginnt wieder der Arbeitsdienst.

Abends herrscht ein munteres Treiben im Lager; da wird gesungen, auf allen möglichen, oft recht sonderbaren Instrumenten „Musik gemacht“, nicht gerade schön, aber sehr laut.

Einige geschickte Kameraden fabrizieren kunstvolle Klingeln aus französischen Infanteriegeschossen oder allerlei Bierat aus den kupfernen Führungsringen der Granaten-Blindgänger. Andere wieder schnitzen Argonnenstöcke aus Jung- oder Buche; ein Kunstmaler, ein Original für sich, malt wunderhübsche, naturgetreue Aquarell-Skizzen auf Birkenplätzchen.

Weite Spaziergänge werden, wenn nicht zu arg geschossen wird, gemacht (nur darf man hierbei die unvermeidliche Gasmaske nicht vergessen). Bunte Blumen werden gesucht, um die armseligen Unterstände damit zu schmücken. Ein Zeichen, daß trotz des rauhen Kriegshandwerks der Sinn für die schöne Natur nicht verloren ging. —

So gehen die acht Wochen der Ruhezeit schnell, zu schnell vorüber, bis dann der Tag der Auflösung wieder herankommt, an dem wir mit einer gewissen Wehmut singen können:

Abd, du schönes Waldesgrün, ade!
Ihr Blümlein mögt noch lange blüh'n, ade!
Mögt andre Krieger noch erfreu'n,
Und ihnen eure Düste weih'n!
Abd! Abd!

in die früheren Stellen eingerückt oder aber durch andere Fürsprache in Arbeit gekommen. In den tarifreuen Betrieben sind nach dieser Bekanntgabe etwa 700 Kriegsbeschädigte beschäftigt, ungerichtet die Fälle, die dem Tarifamt nicht gemeldet wurden, weil der Prinzipal den schon früher bei ihm Beschäftigten wieder einstellte. In dem Artikel wird dann gesagt:

„Beschränkte Erwerbsfähigkeit hat selbstverständlich auch eine der wirklichen Leistung entsprechende Entlohnung zur Folge. Diese auch schon durch unsern Tarif garantierte Tatsache sollte meines Erachtens die Möglichkeit der Beschäftigung Kriegsbeschädigter außerordentlich fördern, und ich bin deshalb der Auffassung, daß die Unterbringung der beim Tarifamt vorgemerkten Kriegsbeschädigten noch etwas flotter vor sich gehen könnte, als dies bis jetzt der Fall gewesen ist. Gewiß, wir haben vielfach nicht umsonst um Aufnahme der für uns Gesessenen und Gesessenen gebeten, zum Teil vollzog sich Angebot und Aufnahme schnell; im Allgemeinen aber mußte viel geschrieben und gebeten werden, um die 110 Kriegsbeschädigten unterbringen zu können.

Daß andererseits der Wille, mit dem Tarifamt auch auf diesem Gebiete zusammen zu arbeiten, vorhanden ist, wird bewiesen durch die Tatsache, daß bis jetzt 331 Firmen zur Einstellung Kriegsbeschädigter sich bereit erklärt haben. Gegenüber dieser Zahl muß die Ziffer der noch unterzubringenden mit 49 als recht unbedeutend erscheinen, und doch liegt es wesentlich anders. Das ist begründet in der Schwere der körperlichen Verletzungen der beim Tarifamt vorgemerkten, die deren Beschäftigung in ihrer früheren Tätigkeit vielfach nicht oder doch nur zum Teil möglich macht. Eine ganze Anzahl von Betrieben, insbesondere die kleineren, können mit solchen Arbeitskräften nicht auskommen oder können sich aus andern Gründen die Einstellung einer solchen, nicht genügend nutzbringenden Arbeitskraft nicht leisten. Auch kommt leider, und doch verständlicherweise, hinzu, daß auch der Kriegsbeschädigte vielfach „an den Ort gebunden ist“; teils ist er verheiratet, teils hat er Eltern und Geschwister zu unterstützen, teils zwingt ihn auch seine erschütterte Gesundheit, den Ort seiner früheren Tätigkeit nach besonderer Wahl zu wünschen.

Vieles Bitten auf der einen und gutes Zureden auf der andern Seite helfen die einer schnellen Vermittlung entgegenstehenden Schwierigkeiten vielfach nicht beseitigen. Es soll deshalb die Bitte, an der Hand der vom Tarifamt jeweilig veröffentlichten Liste zu helfen, in alle Kreise und Orte unserer beruflichen Tätigkeit bringen, und überall soll sich der Wille regen, diejenigen unserer Berufsgenossen, die für des Vaterlandes Schutz und Ruhm ihre Gesundheit geopfert haben, vor Enttäuschungen oder gar Entbehrungen in Schutz zu nehmen.

Sch richtig diese Bitte nicht nur an die Prinzipalität allein, sondern auch an die Funktionäre unserer Tarifgemeinschaft, an die Funktionäre der Organisationen und an alle diejenigen, die in der Lage sind, bei dem einzelnen Prinzipale beharrlich und bringend ein gutes Wort einzulegen.

Von 8500 tarifreuen Druckeräten haben sich bei dem Tarifamt erst 126 gemeldet, die Kriegsbeschädigte eingestellt haben; vielfach nicht nur einen, sondern mehrere. Wahrscheinlich hat eine weitere ansehnliche Zahl von Firmen diese Meldung nur unterlassen. Trotzdem aber ist noch eine große Zahl von Firmen vorhanden, deren Mitarbeit auf diesem Gebiet an dieser Stelle vom Tarifamt dringend erbeten werden muß. Ist dieser furchtbare Krieg erst beendet, dann ist im Buchdruckgewerbe bestimmt mit einer regen Tätigkeit zu rechnen, und deshalb werden für diesen Zeitpunkt die nötigen Arbeitskräfte am besten schon jetzt in Reserve gestellt. Auch diejenigen Buchdruckeräten, denen nach ihrer Meinung das Tarifamt mit Gewährung tariflicher Ausnahmen nicht weit genug gegangen ist, haben Gelegenheit, sich fehlende Arbeitskräfte aus der Reihe der Kriegsbeschädigten zu beschaffen. Soviel wie ungelernete oder noch auszubildende Kräfte angeht, nützen sollen, werden kriegsbeschädigte Gesellen ganz sicherlich, unter allen Umständen noch zu nützen in der Lage sein. Jedenfalls wird sich das Tarifamt verpflichtet fühlen, die Kriegsbeschädigten zu jeder Zeit und an jeder Stelle in erster Linie zur Berücksichtigung zu empfehlen. Hilfe tut not, dringend not!

Henry Axel Bued gestorben. Am 4. Juli starb ein Mann, dem das deutsche Großunternehmertum zu großem Dank verpflichtet ist, Henry Axel Bued, der 37 Jahre lang Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller war. Er war am 12. Dezember 1830 zu Bischofsburg in Ost-

preußen geboren. Nachdem er die Landwirtschaft erlernt und auf mehreren Rittergütern als Inspektor gewirkt hatte, kaufte er mit geliebtem Gelde ein kleines Bauerngut, bei dessen Bewirtschaftung er auf keinen ersten Zweig kommen konnte. Dies gelang ihm erst, als er im Alter von 43 Jahren am 1. Oktober 1873 nach Düsseldorf ging als Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen. 1887 übernahm er die Leitung des neu gegründeten Zentralverbandes deutscher Industrieller. Er war einer der verbissenen Vertreter der schutzöllnerischen und der arbeitserfindlichen Bestrebungen, die man auf Unternehmerseite mit dem Schlagworte „Schutz der nationalen Arbeit“ bezeichnete. Bued war einer der Ratgeber Bismarcks, die diesen zum Umschwenken in die Schutzöllnerei veranlaßten, eine Politik, die der Masse des deutschen Volkes bekanntlich schwere Leiden auferlegt hat, für das deutsche Großunternehmertum jedoch sehr viel Gewinn einbrachte. Bei der Verfolgung seiner Ziele ging Bued mit einer Rücksichtslosigkeit vor, die in der neueren Geschichte nur ihresgleichen findet bei dem kürzlich ertrunkenen britischen Feldherrn Kitchener. Als im Jahre 1896 der preussische Handelsminister v. Berlepsch aus dem Amte scheidend mußte, schrieb Bued in einem Briefe an den bayerischen Reichsrat v. Hasler unter anderem: „Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt.“

Der preussische Minister hatte sich den Groll der Scharfmacher zugezogen, weil seine Politik ihnen zu arbeitserfindlich erschien, so schwächlich diese Arbeiterfreundlichkeit in Wirklichkeit auch war. Großes Aufsehen machte der am 21. Oktober 1900 von der Leipziger Volkszeitung veröffentlichte Brief von Bued, worin er mitteilte, daß das Reichsamt des Innern sich von „der Industrie“ 12 000 M. erbeten habe „zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“. Es handelte sich um die berühmte Zuchttaubenvorlage. Selbstverständlich befürwortete Bued dieses Gesetz.

Bued war einer der schärfsten Gegner der Verbesserung der gesetzlichen Arbeiterfürsorge und wollte nur soweit etwas von ihr wissen, wie sie nur zur Schädigung der Arbeiterbewegung dienen konnte. Aus seinen Berichten an die Versammlungen und Sitzungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller haben wir in früheren Jahren oft entsetzende Äußerungen anzuhören müssen. Mit grimmiger Haste verfolgte er die Arbeiterbewegung, Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften galten ihm dabei als vollständig gleich. Wir unterlassen es jetzt, darauf einzugehen und beschränken uns darauf, einige Äußerungen von ihm anzuführen, die den Mann hinreichend kennzeichnen. Auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 13. Februar 1900 sagte er unter anderem:

„... Von Allerhöchster Stelle sei jüngst die Sozialdemokratie als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet worden. Ferne sei es ihm, dem Geschäftsführer, an diesen Allerhöchsten Worten Kritik zu üben. Er halte es auch nicht für nötig, er schreibe sich vielmehr diesem Ausspruch an, freilich unter einer Voraussetzung. Er eruche die Versammlung, ihm zu gestatten, diese Voraussetzung in einem aus seiner früheren landwirtschaftlichen Tätigkeit gegebenen Milbe darzustellen. Wenn durch liberale Wirtschaft oder durch ungünstige Witterungsverhältnisse ein Feld verunkrautet sei, dann könne dieser Zustand eine vorübergehende Erscheinung sein, wenn der Landwirt das Erforderliche anwende, um ihn zu beseitigen. In diesem Zwecke werde das Feld kreuz und quer gepflügt, um die Wurzeln des Unkrautes zu zerreißen und an die Oberfläche zu bringen. Dann gehe der Landwirt mit scharfen Eagen darüber, um das Unkraut von dem fruchtbareren Boden zu trennen. Er bringe es dann auf Haufen zusammen, verbrenne es und streue die Asche über den Boden. Wenn diese Maßnahmen rationell und energisch durchgeführt werden, dann sei das Unkraut eine vorübergehende Erscheinung. Tue der Landwirt das nicht, dann verunkraute der ganze Acker, das Unkraut nehme mehr und mehr überhand, schreie üppig in die Höhe, jeden guten, gesunden Halm unterbrüden; das Feld sei für nutzbringende Kultur verloren. Meine Herren“, so sagte der Geschäftsführer, „ich überlasse es Ihnen, aus diesem Milbe die Schlussfolgerungen mit Bezug auf die Sozialdemokratie als vorübergehende Erscheinung zu ziehen.“

Daß Bued auf diese Äußerung grausamsten Hasses selber Wert legte, geht daraus hervor, daß er sie in sein Werk über den Zentralverband

deutscher Industrieller (Dritter Band, Seite 510) aufnahm. Am 17. Dezember 1910 sagte er auf einer Verbandversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu Berlin u. a.:

„Die Lage gestaltet sich doch unverkennbar derart, daß sich die Arbeitgeber sehr unangenehm schließen müssen angesichts der großen Macht der Arbeiterorganisationen, die in musterhafter Ausbildung bis ins kleinste hinein und getragen von der großen Opferwilligkeit ihrer Mitglieder heute in der Tat eine gewaltige Macht erreicht haben... Nach meiner Ueberzeugung hätte, wenn damals die beschlossene Aussperrung (der Metallarbeiter) durchgeführt worden wäre, wenn die 460 000 Arbeiter im Deutschen Reich ausgesperrt worden wären, das große Vermögen der Gewerkschaften nicht lange gereicht, dann wäre eben der Sieg erfochten worden... Die Kräfte der Organisation werden immer mehr gesammelt und gestärkt, daher glaube ich, ist mein Wort richtig, wenn ich sage, daß mit jeder hinauschiebung des Entscheidungskampfes die Opfer für die Industriellen größer werden. Das Ziel aber, das bei diesem Kampfe zu erreichen ist, muß sein die Niederzwingung, die Niederwerfung, die Verschlagung der Gewerkschaften.“

Am 12. Dezember 1910, also im Alter von gerade 80 Jahren, trat Henry Axel Bued von seinem Amte zurück. Zwei Tage vorher, in einer Delegiertenversammlung des Zentralverbandes, schloß er seinen letzten Geschäftsbericht folgendermaßen:

„Ueberwinden Sie die Spaltung in der Industrie, schließen Sie sich fest und unerschütterlich zusammen. (Beifall.) Gewöhnen Sie sich an den Gedanken, daß Ihnen ein furchtbar schwerer Kampf aufgezwungen wird, daß Sie, um ihn zu bestehen, gewaltige Opfer werden bringen müssen und daß das Ergebnis dieses Kampfes die Niederwerfung und Zertrümmerung der sozialdemokratischen und der ihnen ähnlichen Gewerkschaften sein muß. Erreichen Sie dieses Ziel, so werden Sie von den kommenden Geschlechtern gepriesen werden als die Retter des Staats und der Gesellschaft, als die Retter der hohen Kultur, deren wir uns heute rühmen. (Stürmischer, langanhaltender, sich immer wiederholender Beifall.)“

Die folgenden Redner überholten sich in den Beteuerungen, daß der Zentralverband im Geiste Bued's weiterarbeiten werde. Zu diesem Zwecke wurde auch eine besondere „Bued-Spende“ gegründet, für die in dem verhältnismäßig kleinen Kreise der Anwesenden gleich nicht weniger als 700 000 M. gesammelt wurden.

Einem solchen Manne waren die Unternehmer zu großem Danke verpflichtet. Sie haben ihm diesen Dank auch bei jeder Gelegenheit reichlich bewiesen. Nachher hörte man nur wenig von Bued. Das hohe Alter machte wohl seine Forderungen geltend. Er hat aber noch erleben müssen, daß seine durch ein langes Leben mit allerschärfstem Nachdruck vertretene Ansicht von der Kulturschädlichkeit der Gewerkschaften im Verlaufe des europäischen Krieges gründlich Lügen gestraft wurde. Ob er dies auch eingesehen hat, dafür möchten wir uns nicht verbürgen.

Die Zahl der Arbeitsgemeinschaften zur Kriegsbeschädigtenfürsorge hat sich seit der letzten Uebersicht um fünf vermehrt, und zwar um die Vereinbarungen für das Bädergewerbe Groß-Berlins, das Baugewerbe Groß-Berlins, die Lederindustrie Groß-Berlins, das Malergewerbe Deutschlands und das Transportgewerbe in Bremen. Es bestehen nunmehr 19 Arbeitsgemeinschaften, von denen sich neun auf das Reichsgebiet erstrecken und die übrigen zehn sich auf Ortsgebiete beschränken; neun auf Groß-Berlin und eine auf Bremen. Außer den Konsumvereinen und den Ortskrankenkassen umfassen die Arbeitsgemeinschaften 15 verschiedene Gewerbe.

Die Einwirkungen des Weltkrieges auf die Volksversicherung treten bei allen Versicherungsgesellschaften in der Form des Rückgangs der Höhe der Versicherungssummen in die Erscheinung. Bei der Volksfürsorge, die im ersten Halbjahr ihres Bestehens (1. Juli bis 31. Dezember 1913) schon 12 912 968 M. versicherte, stieg diese Summe im Jahre 1914 mit seinen vier Kriegsmonaten nur um 12 702 303 M., also auf 25 615 271 M. Im Jahre 1915 ging diese Gesamtversicherungssumme durch zahlreiche Umwandlungen von Kapitalversicherungen in prämiensfreie oder Sparversicherungen um 1 141 342 M., auf 24 473 929 M. zurück. Bei der alten, gut fundierten Gesellschaft Viktoria fiel in der Volksversicherung im Jahre 1914 die versicherte Summe um 53 828 258 M., im Jahre 1915 um 61 212 973 M. (nicht, wie irrtümlich kürzlich berichtet, um 97 288 938 M.), also in beiden Jahren um 115 041 231 M.